

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, Erhöhter tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, L. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserte werden die 6spaltige Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzession 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 99.

Dresden, Montag den 3. Mai 1909.

20. Jahrg.

„Die Lage ist bitter ernst.“

Die Situation im Reich bleibt eine sehr gespannte. Die Finanzkommission hat wiederum mit Stimmengleichheit die Erbschaftsteuer selbst in der unzulänglichen und verflüchteten Art, wie sie von den Nationalliberalen vertreten wird, abgelehnt. Beschlossen hat die Kommission lediglich, daß eine Reichssteuerzuschlagsteuer auf den unbeweglichen Besitz ausgearbeitet werden möge. Aber die Regierung hat ihre angekündigte Erbschaftsteuervorlage, die an Stelle der ursprünglichen, von ihr feige preisgegebenen Nachschußsteuer treten soll, noch nicht einmal fertiggestellt. Es läßt sich auch noch nicht absehen, ob nicht diese Erbschaftsteuer, wenn sie auch in der Kommission abgelehnt bleibt, doch im Plenum des Reichstages eine knappe Mehrheit finden wird; die Stimmverteilung in der Kommission deutet sich nicht absolut mit der Stärke der Fraktionen selbst. In jedem Falle bleibt die Regierung bezüglich der Erbschaftsteuer vollständig abhängig von den Stimmen der Sozialdemokratie. Sodann aber ist gleichfalls noch nicht abzusehen, wie eine Mehrheit für alle übrigen Steuern zusammengebracht werden soll.

Der Steuerjammert ist größer denn je. Der herrliche Reichstag bietet das jammervollste Schauspiel, das je in der deutschen Politik geboten ward! In dieser Rollage erlöst das Blatt des Reichstages, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, diesen Klammerruf:

„Die Beratung und Beschlußfassung hat also nur das eine Resultat gezeitigt, daß es unmöglich ist, an Stelle der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten einen entsprechenden Ersatz zu schaffen. Es ist zu verstehen, daß diejenigen, die einer solchen Steuer widerstehen, den Versuch machen, einen Ersatz für sie zu finden. Dieser Versuch ist gescheitert. Was die verbündeten Regierungen von Bundesstaaten für das Reich eine andere allgemeine Steuer auf den Besitz zu finden als die Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten, hat sich als richtig herausgestellt. Damit ist zugleich die absolute Notwendigkeit gegeben, diese Steuer selbst freizuhalten und sie aller Schwierigkeiten und Widerstände ungeachtet zur Annahme zu bringen. Keines der verbündeten Regierungen hat der Reichsregierung in der Kommissionsberatung am Donnerstag erklärt, daß eine derartige Erweiterung der Erbschaftsteuer auf Verheiratete und Ehegatten die Reichsfinanzreform nicht gemacht werden würde und nicht gemacht werden könnte. Durch diese Erklärung ist die feste Grundlage gegeben, mit der alle politischen Parteien für die nächste Zeit zu rechnen haben werden.“

Die Lage ist bitter ernst. Die Finanzreform, die eine vom deutschen Volk mit größter Entschiedenheit geforderte unauflösbare Notwendigkeit bedeutet, ist trotz immer wiederholter Anläufe und Versuche während der letzten 6 Monate im Parlament nicht weiter gekommen. Im ganzen genommen sind wir nicht wesentlich weiter als Anfang November. Der Sommer steht vor der Tür. Die Reform muß jetzt erledigt werden. Das Volk verlangt es vom Reichstag. Das Ausland blickt mit Spannung auf uns. Die allbaldige Erledigung ist zur nationalen Ehrensache geworden. Entzieht sich die Mehrheit des Reichstages dieser Aufgabe, so sind die Folgen unermesslich.“

Das klingt nun fast wie eine Kriegserklärung gegen die ältesten Freunde der Regierung, gegen die Konservativen, die mit dem Zentrum zusammen die Finanzreform nicht so machen wollen wie die Regierung sie will. Es klingt wie von Aufstufungsspielen! Oder sind es nur Drohungen?

Wird Herr v. Bismarck noch sein Spielerglück erproben? Glaubt er auch aus der Steuerfrage eine „nationale Sache“ drehen zu können?

Das Blatt des Herrn v. Bismarck vollbringt äußerst selbstbewußt schallende Behauptungen, die aber mit der politischen Wirklichkeit durchaus nicht harmonieren. Das deutsche Volk, so heißt es, fordert mit größter Entschiedenheit die unaufschiebbare Notwendigkeit der Finanzreform. Die Reform müsse jetzt erledigt werden. Die allbaldige Erledigung sei nationale Ehrensache. Also will die Regierung Bismarcks sich in der Gloriole des Volkstreuers nationaler Notwendigkeiten und dringender Volkswünsche zeigen!

Ganz gewiß ist das deutsche Finanzjammern entschuldigend. Doch wer ist der erste Schuldige dieses Elends? Dieselbe Regierung, die sich dreist als Retter aus der Not anspricht. Würde das deutsche Volk an die Wahlurne betreten werden, so würde es sich ganz gewiß nicht darauf beschränken, dieser Regierung Bismarcks die Vollmacht zu erteilen, sondern sie mit Vermehrung ihrer Jahreseinnahmen um 500 Millionen ihre unheilvolle, volkschädliche Politik fortbetreiben lassen. Das deutsche Volk würde nach der Ursache der Finanznot, der Reichsverschuldung fragen!

Das deutsche Volk fordert mit größter Entschiedenheit die Befestigung eines Regierungssystems, das trotz der Ueberlastung der arbeitenden Klassen mit Steuern über Steuern die Finanzen des Reiches völlig zerrütet hat. Dem deutschen Volke ist es zur nationalen Ehrensache geworden, gründlich Reforms zu halten mit den unfähigen Herrschaften, die den Stillstand in allen kulturellen Angelegenheiten des deutschen Lebens und die Herabwürdigung Deutschlands in seiner Stellung unter den Nationen verschulden.

Das deutsche Volk fordert aber auch eine ganz andere Finanzreform als die Regierung des Herrn von Bismarck nebst seiner nationalliberalen Leibgarde sie wünscht. Wohl ist es uns Sozialdemokraten eine Genugtuung, daß unser vieljähriges Bemühen die regierenden Mächte gezwungen hat, endlich wenigstens einen Teil der neuen Steuern auf die besitzenden Schichten zu legen. Den arbeitenden Klassen sind schon durch die jetzigen Steuerlasten, durch die schwere Bürde der indirekten Abgaben von allen Lebensmitteln so schwer bedrückt daß weitere indirekte Steuern, wie sie die Regierung fordert, ein Verbrechen am Volkswohl bedeuten. Das deutsche Volk erachtet es daher als „unaufschiebbare Notwendigkeit“, daß bei der jetzigen Finanzreform nicht wiederum die Hauptlast auf die arbeitenden und erwerbenden Volksschichten gelegt werde, sondern daß die wohlhabenden Klassen in gebührender Umfange herangezogen werden. In erster Linie soll, statt der erhöhten Belastung von Bier, Tabak und Branntwein, durch die Besteuerung der Erbschaften der Reichen und des mühseligen Wertzuwachses die Finanznot geholt werden. Ist doch diese Finanznot verursacht durch die politischen Vertreter der reichen Klassen und kommen doch die Ausgaben des Reiches in erster Linie der besitzenden Klasse zugute!

Aus der Finanzkommission.

Die Abstimmungen.

Die Debatten in der Finanzkommission spinnen sich am Sonntag noch mehrere Stunden lang fort. Der Zentrumsvorredner Gerold führte aus, daß Hindernis für die Finanzreform sei die Regierung selbst, die nicht darauf bestehen dürfe, die Vorlagen nach ihrem Willen durchzuführen. Schatzminister Spindler erwiderte, die Regierung sei genötigt gewesen, sie sei aber zu der Überzeugung gelangt, daß es ohne die Erbschaftsteuer nicht gebe. Der Konservativ v. Richthofen sprach sich gegen die Regierung aus, er habe nicht genug auf die konservativen Partei Rücksicht genommen; mit den Freisinnigen könne es unmöglich, die 400 Millionen indirekter Steuern fertigzustellen. Der Nationalliberal Dr. Döberer erklärte: Seine Partei fürchte keine Auflösung des Reichstages; sie wolle die Finanzreform zustandebringen, ob sie dabei auch zugrunde ginge oder nicht. Es sprach weiter Biemer, Nothke, Wörmann.

Dann begann die komplizierte Abstimmung. Als erster wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der eine Besteuerung des Wertzuwachses bei Grundstücken und liegenden Immobilien sowie die Einführung einer quotierten und liegenden Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer als Ersatz für die vorgelegene indirekten Steuern auf Lebens- und Genussmittel forderte. Für den Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten. Sodann begann die Abstimmung über ein Amendement der Freisinnigen, die dem konservativen Antrag die Erbschaftsteuer hinzuzufügen suchten, daß sie zwar keinen Hauptinhalt hätten auszubereiten, daß sie aber zu dem Zweck gemacht seien, die Erbschaftsteuer anzusehen und zu prüfen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die mit Spannung erwartete Abstimmung über den nunmehr unüberwindlich gewordenen Antrag der Konservativen ergab die Ablehnung mit 14 gegen 14 Stimmen.

Danach lagen noch Anträge von der Wirtschaftlichen Vereinigung, den Freisinnigen und den Nationalliberalen vor, von denen zunächst in getrennter Abstimmung der Antrag Haas angenommen wurde: 1. ohne Bezug eine Besetzungsvorlage auszuarbeiten, die eine Besteuerung des Wertzuwachses von Grundstücken vorsieht; 2. in Erwägungen darüber einzutreten, wie zum Ausgleich der den Grundbesitz belastenden Wertzuwachsteuer eine entsprechende Besteuerung des Zuloches an beweglichem Kapitalvermögen erfolgen könnte. Der erste Teil des Antrages wurde einstimmig, der zweite gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. Abgelehnt wurden zum Schluß die Anträge der Freisinnigen, dem Reichstag einen Beschlus vorzulegen, der eine Besteuerung der Erbschaften an Verheirateten und Ehegatten vorsieht, und zweitens einen Beschlus, die Entwurf auszuarbeiten, durch den eine progressive Besteuerung des Einkommens in zweckentsprechender Verbindung mit der zur Kontrolle der Vermögenslage heranzuziehenden Erbschaftsteuerung durchgeführt wird; sowie ein Antrag der Nationalliberalen und Vorlage eines Entwurfs zur Besteuerung des Wertzuwachses von Grundstücken, soweit nämlich durch den Ausbau der Erbschaftsteuerung nicht ein Beitrag von 100 Millionen Mark aufgebracht wird.

Aus den langwierigen Verhandlungen ist also nur der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung als Ergebnis hervorgegangen. Der Vorsitzende Dr. Haas schloß nunmehr vor, die Resolution sofort vor das Plenum zu bringen, aber die Konservativen, das Zentrum und die Freisinnigen widersetzten sich diesem Begehren, stellen und die Sache vielmehr so dar, als ob nun die Beratungen in gemeinsamer Sache vielmehr so dar, als ob nun die Beratungen in gemeinsamer Sache weitergehen könnten. Ihren Ausführungen traten die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen mit dem Hinweis darauf entgegen, daß schon die politische Bedeutung des konservativen Beschlusses eine rasche Klärung im Plenum

ermüht erscheinen lasse. Indessen, die „Phalanx der 14“ blieb auch hier geschlossen.

Die Weiterberatung der Spiritusvorlage wurde alsdann auf Dienstag verlegt, wobei der Vorsitzende andeutete, daß demnächst wohl das Plenum eine ganze Woche für die Arbeiten der Kommission freilassen werde. Im gleichen Sinne sprach dann auch noch der Präsident des Reichstages. Zu einem Beschluß ist es noch nicht gekommen, er bleibt vielmehr dem Senatorenkonvent vorbehalten, der ebenfalls am Dienstag tagen soll.

Die Parteien rüsten!

Der geschäftsführende Ausschuss der Freisinnigen Volkspartei erläßt einen Aufruf zur Kampfbereitschaft. Es heißt darin u. a.:

„Erste Entscheidungen stehen bevor... Die weitere Entwicklung führt zu schweren Kämpfen, vielleicht zur Auflösung des Reichstages. Wir fordern alle Organisationsmitglieder der Freisinnigen Volkspartei zur Kampfbereitschaft auf...“

Auch die konservative Korrespondenz veröffentlicht im Einverständnis mit dem 50er-Ausschuss der Partei einen Aufruf an die Konservativen im Lande. Im ersten Teile schildert der Aufruf nochmals die Stellung der Konservativen zur Finanzreform; im zweiten Teile wendet er sich, einem Wahlaufruf gleich, im Hinblick auf den Ernst der Lage an die Parteifreunde im Lande, die er zur Geschlossenheit und zum Festhalten an der Partei ermahnt.

Der 50er-Ausschuss, der große Vertretungskörper der konservativen Partei, hat am letzten Freitag mit großer Mehrheit folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der weitere Ausschuss der konservativen Partei soll hinsichtlich der Reichsfinanzreform auf dem Boden der Beschlüsse des Ausschusses vom 22. d. M. (Gegen die Erbschaftsteuer.)
2. Er spricht der konservativen Fraktion des Reichstages, vor allem ihrem beherrschenden Führer Herrn v. Normann, für die fortwährende und entschlossene Vertretung des konservativen Standpunktes in der Frage der Reichsfinanzreform den Dank und die Anerkennung der Gesamtpartei aus.

Die sächsischen Mitglieder des konservativen Gesamtausschusses haben nicht für diesen Beschluß gestimmt.

Der Reichstagsaufruf:

Reichstagsaufruf: Reichstagsaufruf hat den Führern der Konservativen gegenüber zu ungewöhnlichem Ausdruck gebracht, daß er eine Finanz- und Steuerreform aus den Händen des Zentrums und der Polen nicht entgegennehmen werde. Aus der Haltung der Konservativen werde er die Konsequenzen ziehen. Ob diese Konsequenzen in dem Rådritt des Reichstages bestehen werden, ist noch nicht bestimmt.

Die Malfeler.

Es lebt das Fest des 1. Mai! Der Verlauf der Veranlassungen hat es auch in diesem Jahre erwiesen, daß doch so vielerlei Ungunst für die Beteiligung der Arbeiterklasse brachte.

Das deutsche Unternehmertum bedroht die Arbeiterklasse, die ihr eigenes Fest begehen will, mit gewalttätigen Maßnahmen. Es erachtet in dem Wunsche der Arbeiterklasse, einen Freitag der Befreiung ihrer Ideale zu vollenden, einen unerträglichen Eingriff in seine wirtschaftliche Machtstellung. Es lüdt die Ausperrungen und Schädigungen aller Art an die Arbeiterklasse aber lehnt es ab, eine Kompromisse zu bestehen auf einem Terrain, das ihr augenblicklich nicht günstig ist, und — sie selbst ihr Fest trotzdem abzuhalten! Wenn sie es nicht ganz so zu feiern vermag wie es erwünscht wäre, so sagt sie sich doch, daß es auf die Form des Festes nicht so sehr ankommt als darauf, daß die großen Gedanken der Malfeler, die alle Bedrückten und Ausgebeuteten erfassen, die von Land zu Land um alle Proletarien massen ein einigend Band schließen, von neuem befestigt werden, daß sie in Millionen Gestirnen neu gefestigt werden, daß sie leuchtend hinausgetragen werden in die Weite der Bevölkerung. Und dieses ist an diesem 1. Mai geschehen: die Kerntuppen des Sozialismus haben am Vormittag in Versammlungen und im Tagesverkauf in Umzügen für ihre befreiende Weltanschauung demonstriert und die Abendfestlichkeiten brachten unmaßlose, überall würdig und eindrucksvoll verlaufene Festlichkeiten, an denen sich die Arbeiterklasse, Männer und Frauen, überaus zahlreich beteiligte hat.

Wir dürfen, gegen die herrschenden Klassen gewendet, von unserm Malfest sagen, was Goethe seinen Prometheus trotzig dem Gotte zurufen läßt:

Mußt mir meine Erde
Doch lassen stehen
Und meine Hüfte, die du nicht gebaut,
Und meinen Herd,
Um dessen Glut
Du mich beneidest!